

Die Stadt als Beute

Der Fall Hillenberg und die Filzokratie der SPD

Im Juni 2009 findet im Restaurant „Il Castello“ im Berliner Stadtteil Buch ein Bürgerforum statt, zu dem der dortige Wahlkreisabgeordnete Hillenberg von der SPD eingeladen hat. Gesprächsgegenstand ist die Sanierung vergammelter Plattenbauten mit über 3.000 Wohnungen. Mit dabei der Chef der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE, Bernd Kirschner, der ebenfalls ein SPD-Parteibuch besitzt, und die Bausenatorin Ingeborg Junge-Reyer, natürlich auch von der SPD.

Die Besucher erfahren, dass die HOWOGE die maroden Plattenbauten übernommen hat und die Sanierung bald losgehen soll. Kirschner erklärt den Anwesenden: „Bis 2013 werden rund 2.300 Wohnungen vollständig energetisch saniert.“ Den Anfang sollen drei elfgeschossige Hochhäuser an der Karower Straße machen, die zudem durch ein neu errichtetes „Stadtteilzentrum“ verbunden werden.

Bausenatorin Junge-Reyer kündigt ihrerseits einen „Geldregen für Buch“ an. Der rot-rote Senat werde zwischen 12 und 15 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen bereitstellen. Kitas, Schulen, Grünanlagen, aber auch Mieter werden nach Ansicht der Senatorin davon profitieren. Am Ende fasst der Abgeordnete Hillenberg zusammen: „Buch wird unbestritten an Attraktivität gewinnen.“ Welch schöne neue sozialdemokratische Welt!

Rechtswidrige Vergaben

Was der Wohltäter Hillenberg den Besuchern seiner Veranstaltung allerdings verschweigt, ist die Tatsache, dass er in seiner Eigenschaft als Bauplaner den Auftrag zur Sanierung der Hochhäuser in Buch bereits höchstpersönlich in der Tasche hat. Den Auftrag hat er nicht etwa im offenen Wettbewerb gegen andere Architekten und Ingenieure gewonnen. Er wurde ihm vom Vorstand der HOWOGE direkt zugeschanzt.

Angesichts des erzielbaren Honorars ist diese Direktvergabe unter Genossen nicht nur anrühlich sondern auch rechtswidrig. Für die ersten drei Hochhäuser werden 6,8 Millionen Euro Baukosten veranschlagt. Unter 10 Prozent Honorar werden Planer wie Hillenberg bei so etwas nicht tätig. Macht also knapp.700.00 Euro, die der Auftrag Hillenberg am Ende bringen kann. Ab 200.000 Euro Schätzwert ist vom Gesetz eine europaweite Ausschreibung der Planungsleistung zwingend vorgeschrieben.

Das gesetzwidrige Spiel wiederholt sich wenig später beim „Stadtteilzentrum“ Buch, das die HOWOGE ergänzend zu den Hochhäusern errichten will. Kostenpunkt 3,9 Millionen Euro. Wieder wird der Abgeordnete Hillenberg mit der Planung beauftragt, Macht rund 400.000 Euro Honorar. Auch dieser Auftrag hätte im Amtsblatt offen ausgeschrieben werden müssen.

Roter Filz Berliner Art

Ganz wohl ist es dem Abgeordneten Hillenberg bei der Sache nicht. Im Untersuchungsausschuss erinnert er sich später an Gespräche mit den Chefs der HOWOGE „Ich habe da mal nachgefragt. Mensch, nun ist das auch noch mein Wahlkreis...“ Aber die

Beschwichtigungen der Genossen im Vorstand der HOWOGE und die Aussicht auf mehr als eine Million Euro Honorar sind offenbar geeignet, alle Bedenken wegzuspülen.

Hillenberg hätte besser auf sein Gefühl gehört. Denn von nun an läuft für ihn alles schief. Anfang 2010 ist in der Zeitung zu lesen, dass die HOWOGE im Zuge der Modernisierung Mietsteigerungen plant, die in Einzelfällen bis zu 67 Prozent betragen. Wenig später kommt heraus, dass der Genosse Hillenberg an dieser Modernisierung kräftig mitverdient. Schließlich kursiert auch noch ein Briefwechsel Hillenbergs mit dem Pankower Bürgermeister Köhne (SPD), in dem Hillenberg als gute Tat anbietet, eine Turnhalle des Bezirks ohne die vorgeschriebene Ausschreibung zu sanieren.

Jetzt geht es nicht mehr anders. Nach vier Stunden heftiger Auseinandersetzung muss Hillenberg die SPD Fraktion verlassen, darf aber in der SPD bleiben. Seinen Wahlkreis in Pankow verliert er auch. Direktkandidat wird an seiner Stelle der Abgeordnete Lehmann. Lehmann tritt just an dem Tag von der FDP zur SPD über, an dem Wowereits Mehrheit im Parlament durch Hillenbergs Abgang auf eine einzige Stimme zu schrumpfen droht. Ein Schelm, der dabei auf böse Gedanken kommt.

„Man kennt sich eben“

Inzwischen liegt offen zu Tage, dass Hillenberg nicht nur in Buch die Aufträge bekam, wenn es bei der HOWOGE um Plattenbausanierung ging. „Man kennt sich eben“, erklärt er dazu in der Zeitung und meint damit die Geschäftsführer der HOWOGE, die Herren Adam und Kirschner und deren Vorgänger Dr. Baum, die allesamt ein SPD Parteibuch haben.

Ebenso gut kennt Hillenberg natürlich die Bausenatorin Junge-Reyer, die er nicht nur alle 14 Tage auf den Fraktionssitzungen der SPD trifft. Gleiches gilt für den ehemaligen Finanzsenator Sarrazin, der zusammen mit der Bausenatorin für die Politik der Wohnungsbaugesellschaften verantwortlich war.

Die Geschäftsbeziehung Hillenbergs zur HOWOGE ist so eng, dass er im Bauausschuss erklärt, er werde aus „bekannten Gründen“ an der Debatte nicht teilnehmen, wenn das Thema HOWOGE aufgerufen wird. Später schreibt er: „Auch den Vorstand der SPD Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus habe ich ständig über meine unternehmerischen Aktivitäten informiert. Der Fraktionsvorstand hielt meine Tätigkeit im Bauausschuss stets nicht nur für unbedenklich sondern ausdrücklich für wünschenswert.“

Filzokratie bis in den Senat

Sarrazin leugnet erst gar nicht, dass ihm Hillenbergs Verquickung von politischem Mandat und unternehmerischer Tätigkeit bewusst war: „Mir war natürlich bekannt, daraus machte auch niemand ein Geheimnis, dass die HOWOGE und das Planungsbüro Hillenberg eine über viele Jahre gewachsene Geschäftsbeziehung hatten.“ Der Mann ist auf Rente und hat in Berlin kein Amt mehr zu verlieren.

Anders die Bausenatorin Junge-Reyer. Sie möchte gern mit Wowereit die nächste Wahl gewinnen und Senatorin bleiben. Sie behauptet: „Welche Aufträge Hillenberg von wem bekommen hat, das war mir nie bekannt.“ Darf man das glauben? Hinter vorgehaltener Hand heißt es aus der SPD dazu ironisch: „Dafür musste man sich als Sozialdemokrat aber sehr anstrengen.“

Junge-Reyer will auch nicht mitbekommen haben, dass Parteigenosse Hillenberg seine Aufträge nicht im offenen Wettbewerb gegen andere Architekten und Ingenieure gewinnen musste, sondern von der HOWOGE direkt zugeschanzt bekam. Sie verfolgt die Strategie der drei Affen „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“. Dafür nimmt sie in Kauf, dass ihre Ahnungslosigkeit sie für einen Senatsjob ungeeignet erscheinen lässt.

Sarrazin hingegen verweist auf eine ausführliche Darstellung der Vergabepraxis der HOWOGE, die auch Junge-Reyer vom Vorstand der HOWOGE erhalten hatte. Er schreibt, dass aus dieser Vorlage deutlich hervorging, dass die „Direktvergabe ohne förmliche Ausschreibung die wirtschaftlichste Lösung für die HOWOGE war“, und fügt an: „Ich habe diese Vorgehensweise von Anfang an und uneingeschränkt gebilligt.“

Zur Rechtswidrigkeit dieses Vorgehens sagt er gewohnt selbstherrlich: „Man muss immer zwischen Recht und Vernunft abwägen.“ Und zur Ahnungslosigkeit seiner Senatskollegin Junge Reyer stellt er lakonisch fest: „Jeder verfügte über einen dicken Ordner, den konnte er lesen oder auch nicht.“

Die Stadt als Beute

In Berlin hat die SPD seit dem Ende des zweiten Weltkriegs ein Abonnement aufs Regieren. Satt 58 Jahre geht das schon so. Nur zwischen 1982 und 1989 gab es eine Unterbrechung.

Der Fall HOWOGE mit seiner Vetternwirtschaft bis in den Senat belegt nur aufs Neue, dass die Dauerherrschaft einer Partei höchst ungesund ist. Die Gewöhnung an Macht kann dafür sorgen, dass Einzelne, die lange in hohen Positionen sind, die Maßstäbe verlieren und glauben, über dem Recht zu stehen.

Bei der Wahl am 18. September besteht die Möglichkeit das Abo der SPD auf die Macht in Berlin zu beenden. Wir Grünen wollen stärkste Partei werden und endlich mal wieder eine Frau zur Regierenden Bürgermeisterin wählen. Die letzte war Louise Schröder 1947. Es muss nicht immer Wowi sein. Roten Filz hatte Berlin lange genug.

6.800